

**Rede von MdL Annetrin Klepsch während der Aktuellen Debatte auf Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema: „Staatsregierung darf nicht länger abtauchen – Kommunen bei Umsetzung des Teilhabe- und Bildungspaktes unterstützen“**

Auszug aus der Protokollmitschrift

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Kommen wir zurück zur sachlichen Auseinandersetzung. Vor sechs Jahren, 2005, erschien der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung und schon dort hat die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen feststellen lassen, dass sozialpolitisch die „inakzeptable Abhängigkeit der Bildungs- und Qualifizierungschancen der Kinder von ihrer sozialen Herkunft verringert und der Zusammenhang von Einkommensarmut, Kinderarmut und Bildungsarmut durchbrochen werden soll“. Man wollte vermeiden, dass eine neue Generation von Benachteiligten aufwächst, und es sollten alle die gleichen Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten erhalten.

Jetzt, fünf bzw. sechs Jahre später, haben wir das Bildungs- und Teilhabepaket und ich sage dazu: knapp vorbei und doch daneben. So kurz könnte man die SGB II-Novellierung zusammenfassen. Ich sage auch: Aus unserer Sicht ist es die größte Mogelpackung, die es seit Hartz IV gibt und seit Frau von der Leyen Ministerin ist. Ich glaube, bei der Elterngeldeinführung und beim Krippenausbau konnte sie ernsthaft noch den Eindruck erwecken, dass sie wirklich etwas für die gemeinten Zielgruppen erreichen möchte. Beim Bildungs- und Teilhabepaket kann man genau das nicht einmal behaupten. Man kann es nicht anders sagen, es ist - wenn man sich die Auswirkungen und die Umsetzung anschaut und die Frage, wer denn am Ende wirklich erreicht werden und davon profitieren wird - gewissermaßen ein sozialpolitisches Versagen.

Frau von der Leyen hat in dem Vorwort zum Kinder- und Jugendbericht 2005 auch gesagt: „Betreuung, Erziehung und Bildung müssen sich an den Entwicklungsbedürfnissen der Kinder orientieren und nicht etwa an den Grenzen der Institution.“ Doch genau das Gegenteil passiert gerade. Es wird Geld für Leistungen bereitgestellt, die die Kommunen teilweise schon selber finanzieren, wie das kostenfreie Mittagessen, die aber jetzt plötzlich einen Euro von den Eltern verlangen müssen. Das Bildungs- und Teilhabepaket greift in kommunale Unterstützungssysteme ein und es führt zur Umgestaltung dieser Systeme, aber nicht immer zu einem besseren Unterstützungssystem für die Betroffenen.

Ein einziger Lichtblick, den man vielleicht feststellen kann, ist, dass die SPD zumindest herausverhandeln konnte, dass die Bildungslotsen in den Jobcentern nicht eingesetzt werden, was noch einmal extra 135 Millionen Euro gekostet hätte. Gut zu wissen, dass die Kommunen zumindest in der Umsetzung die Verantwortung tragen. Frau Schütz, die Staatsregierung kann sich eben nicht herausreden, das sei Sache des Bundes und der Kommunen, denn auch die Staatsregierung hat in Form der Staatskanzlei im Vermittlungsausschuss gesessen und war beteiligt. Da fragt man sich jetzt hinterher schon: Wen hat denn dort der Vertreter der Staatsregierung eigentlich vertreten? Die von Armut betroffenen Kinder?

Daran haben wir unsere Zweifel. Sie wissen es.

Wir hatten im August 2009 allein im Altersbereich der unter 15-Jährigen über 109.000 Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften gewohnt haben. Hat der Vertreter der Staatsregierung die Kommunen und Landkreise vertreten? Da habe ich auch so meine Zweifel. Hat er denn die Landräte mit CDU-Parteibuch vertreten?

Dann hätte aber mehr herauskommen müssen, was die Umsetzung vereinfacht. Ich denke schon, es wäre an der Stelle auch die Pflicht der Staatsregierung gewesen; im Ausschuss auf eine andere Gesetzesgestaltung hinzuwirken.

Sich hinterher mit dem Feuerlöscher hinzustellen und den Jobcentern sowie Kommunen im Nachgang zu erklären, wie es funktioniert und das Gesetz umzusetzen ist, stellt ein Versagen in der politischen Steuerung dar. Stattdessen hat man zugesehen, wie ein schlechter Kompromiss zusammengezimmert wurde.

Frau Neukirch hatte bereits darauf hingewiesen, dass nicht alle Eltern informiert werden. Die Kommunen gehen damit sehr unterschiedlich um. Es gibt Kommunen, die alle Familien anschreiben. Dort gibt es Familien, die sich stigmatisiert fühlen. Die Kinder dieser Familien sollen nicht erfahren, dass sie von Hartz IV leben. Die anderen Schülerinnen und Schüler sollen das auch nicht erfahren. Es gibt auch Landkreise, die nicht alle anschreiben, weil es zu viel Geld kostet. Das müsste aus Sicht der Kommune nicht sein und viele würden es nicht nutzen. Es gibt andere, die es über die Kitas und Schulen steuern. Der Beratungsaufwand bleibt bei den Kitas und Schulleitern hängen.

Wir haben vor allen Dingen bei der Schulsozialarbeit das Problem - darüber werden wir morgen sprechen -, dass eine Konkurrenzsituation vorliegt: Finanzierung der Schulsozialarbeit oder Bezuschussung des Mittagessens?

Vielleicht nenne ich noch einen Aspekt aus dem Bereich des Hortes: Wir haben im Osten eine Sonderrolle inne. Im Bereich des Hortes frisst die Finanzierung des Mittagessens die Gelder für die Schulsozialarbeit auf.

Es gäbe noch viele andere Punkte. Ich möchte an dieser Stelle an die Staatsregierung appellieren: Sie haben noch viel zu tun, um eine Einheitlichkeit in der Umsetzung zu erreichen.

(Beifall bei den LINKEN und den GRÜNEN)